

Die Front gegen Palästina – die Menschen im Visier - GlobalBridge

Karin LEUKEFELD

22.03.2025

18–21 Minuten



In

Gaza sterben immer mehr Menschen unter den israelischen Bomben und am Hunger. War beim Waffenstillstand wieder etwas Hoffnung aufgekommen, hat die Wiederaufnahme der Bombardierungen durch Israel alle Hoffnungen wieder zunichte gemacht. Und die Welt schaut zu ...

22. März 2025 in [Allgemein](#), [Militär](#), [Politik](#), [Wirtschaft](#)

(Red.) Unter dem Titel „Israel verwüstet seine Nachbarn an sieben Fronten“ ist Karin Leukefeld an einem mehrteiligen Bericht über die Situation in Palästina und den umliegenden Ländern. Aus aktuellem Anlass schiebt sie aber einen Zwischenbericht ein. Die Drohungen der Regierung unter Benjamin Netanyahu gegen die Bevölkerung im Gaza-

Streifen sind härter denn je. Und die USA schauen nicht nur zu, sie helfen Israel weiter! (cm)

Israel hat seinen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser erneut eskaliert und droht Hunderttausenden im Gazastreifen mit der Vertreibung.

Im Jemen fordert die Houthi-Bewegung ein sofortiges Ende der Angriffe auf den Gazastreifen und die Öffnung der Grenzübergänge, damit Hilfsgüter zu den Menschen gelangen. Solange Israel dem nicht nachkomme, würden die Angriffe auf Schiffe im Roten Meer wiederaufgenommen, die für Israel bestimmt sind. Die US-Administration droht die Bewegung „zu vernichten“ und droht gleichzeitig dem Iran, seine Unterstützung für die Houthi-Bewegung einzustellen. Gemeinsam mit Großbritannien starten die USA massive Luftangriffe auf Stellungen der Houthi-Bewegung, mehr als 50 Menschen sterben. Die Houthi-Bewegung reagiert mit Angriffen auf den US-Flugzeugträger USS Eisenhower, der Berichten zufolge beschädigt wird und die Region Richtung Mittelmeer verlassen haben soll. Eine Bestätigung der US-Streitkräfte gibt es nicht. **In Syrien** fliegt die israelische Luftwaffe weiter Angriffe auf militärische Stützpunkte in Deraa und Homs. Ein Flughafen bei Palmyra (Homs) wurde angegriffen, der bereits Anfang Dezember 2024 bei einer Angriffswelle Israels weitgehend zerstört worden war. **Im Libanon** setzt Israel seine Angriffe fort und weigert sich, libanesisches Territorium im Süden des Landes zu verlassen. Dazu hatte Israel sich bei der Zustimmung zu einem Waffenstillstand (November 2024) verpflichtet.

Die Vernichtung Palästinas geht weiter

Im Gazastreifen werden mehr als 400 Menschen getötet, als israelische Kampfjets und Drohnen in der Nacht zu Dienstag (18.3.) das Gebiet erneut angreifen. Absichtlich hat die Netanyahu-Regierung damit das Abkommen für eine Waffenruhe gebrochen, das am 19. Januar in Kraft getreten war. Unterstützt wird der neue Waffengang von der US-Administration. Der UN-Sicherheitsrat trifft sich am gleichen Tag zu einer [Dringlichkeitssitzung](#).

Anders als Netanyahu beharrt die Palästinenserorganisation Hamas darauf, dass [die zweite Phase des Abkommens in Kraft treten](#) soll.

Diese zweite Phase sieht die Freilassung weiterer israelischer Gefangener aus dem Gazastreifen vor, im Gegenzug soll Israel weitere palästinensische Gefangene freilassen. Die israelische Armee soll sich in dieser Phase weiter aus dem palästinensischen Küstenstreifen zurückziehen. Hilfsgüter, Wohncontainer und Fertighäuser für die Bevölkerung deren Häuser und Wohnungen von Israel seit Oktober 2023 zerstört worden waren, sollen die Grenze passieren. Zudem soll in dieser zweiten Phase über einen anhaltenden Waffenstillstand und den Wiederaufbau des verwüsteten palästinensischen Gebietes verhandelt werden.

Die Vorgeschichte

Beide Seiten hatten nach langwierigen Verhandlungen das Abkommen unterschrieben. Der israelische Regierungschef war erst unter dem Druck des neu gewählten US-Präsidenten Donald Trump dazu bereit. Dieser hatte Netanyahu gedrängt, den Krieg gegen die Palästinenser zu stoppen bevor er, Trump, ins Weiße Haus einziehe. Die israelische Führung erklärte, mit der zweiten Phase nicht mehr einverstanden zu sein, alle israelischen Gefangenen in Gaza – lebendig und tot – müssten freigelassen werden. Die USA nutzten daraufhin ihren Einfluss nicht, um Netanyahu zu drängen, das ursprüngliche Abkommen einzuhalten. Stattdessen wurde ein „Brückenplan“ vorgelegt, der bis Mitte April dauern sollte. In dieser Zeit sollten alle israelischen Gefangenen – tot und lebendig – an Israel übergeben werden, Hilfslieferungen sollten fortgesetzt werden. Allerdings war ein israelischer Truppenrückzug nicht mehr vorgesehen.

Die Hamas lehnt das ab, da der Brückenplan keine Garantie für einen Waffenstillstand und den israelischen Truppenabzug vorsieht und beharrt auf der Einhaltung des ursprünglichen Plans. Um Druck auf die Hamas auszuüben, schließt Israel in der ersten Märzwoche sämtliche Grenzübergänge für Hilfslieferungen. Mehr als zwei Wochen hält die Blockade an, die ohne Erfolg international verurteilt wird. Die erneuten Angriffe am 18. März werden von martialischen Drohungen der israelischen Seite begleitet. Es sei „[erst der Anfang](#)“, sagt Ministerpräsident Netanyahu, nachdem mehr als 400 Menschen den ersten Angriffen zum Opfer gefallen sind.

Verteidigungsminister Israel Katz erklärt, die „[Spielregeln haben sich geändert](#)“. Wenn die Hamas „nicht sofort alle Geiseln freilässt, werden sich die Tore der Hölle öffnen“, so Katz bei einem Besuch der israelischen Luftwaffenbasis Tel Nof. Dann werde die Hamas „die ganze Macht der Israelischen Armee aus der Luft, vom Meer und am Boden kennenlernen, bis zu ihrer vollständigen Zerstörung.“

Bis zur vollständigen Zerstörung

An Freitag erklärt die israelische Armee den Beginn einer erneuten Bodenoffensive ausgehend von der palästinensisch-ägyptischen Grenzstadt Rafah. Israelische Soldaten rücken erneut in den Netzarim Korridor vor, der den Norden und den Süden des Gazastreifens zerteilt. Ziel sei eine „Pufferzone“ zu schaffen, so ein Armeesprecher. Eine weitere Offensive wird aus der Stadt Beit Lahiya im Zentrum des Küstenstreifens gemeldet.

Verteidigungsminister Katz fordert die Armee auf, solange die Hamas die Geiseln nicht freilasse, sollten „neue Gebiete eingenommen, [die Bevölkerung](#)

vertrieben und die Sicherheitszone um Gaza erweitert (werden), um die israelischen Gemeinden und Soldaten zu schützen.“

Am 21. März melden die Vereinten Nationen einen israelischen Angriff auf ein UN-Gebäude in Gaza, in dem UN-Personal untergebracht ist. Ein UN-Angestellter (aus Bulgarien) wird getötet, zwei UN-Mitarbeiter (Frankreich) werden „ernsthaft verletzt“. Das französische Außenministerium fordert eine „Untersuchung, um die Verantwortlichen zu identifizieren“. Humanitäres Personal müsse gemäß dem internationalen humanitären Recht geschützt werden.

Am gleichen Tag melden sich die Außenminister Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands (E3) zu Wort und zeigen sich geschockt über den Angriff auf die UN-Unterkunft. Sie fordern „dringend, zum Waffenstillstand zurückzukehren.“ Man sei „entsetzt über die zivilen Toten“, die Wiederaufnahme der „israelischen Angriffe auf Gaza markieren einen dramatischen Schritt zurück für die Menschen in Gaza, die Geiseln, ihre Familien und die gesamte Region.“ Die Hamas wird aufgefordert, alle israelischen Gefangenen freizulassen, Israel müsse das internationale Recht achten und die humanitäre ungehindert nach Gaza durchlassen.

Die „Guten“

Alle drei Staaten versorgen Israel seit Beginn des Krieges (7. Oktober 2023) mit Waffen, Geld, militärischer Aufklärung und unterstützen das Land politisch und mit so genannten „soft power“ – Interventionen in Palästina, Libanon und Syrien.

Nicht zuletzt mit dem massiven Vorgehen gegen Organisationen und Personen, die Israel und den Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser kritisieren und Demonstrationen oder Konferenzen organisieren, um über die israelische Besatzungspolitik zu informieren, leisten die drei Regierungen und ihre Sicherheitsapparate Unterstützung für Israel. Mitte Februar wurden Veranstaltungen mit der UN-Sonderberichterstatterin für die Menschenrechte in den besetzten palästinensischen Gebieten, Francesca Albanese, von den Universitäten München und Berlin abgesagt.

Weder Großbritannien noch Frankreich setzen sich für Strafmaßnahmen gegen Israel ein, wie es in den Kapitel 6 und 7 der UN-Charta vorgesehen ist. Beide Staaten gehören zu den fünf Veto-Mächten im UN-Sicherheitsrat (USA, China, Frankreich, Großbritannien, Russland).

Menschen in Angst

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) verweist darauf, dass „Millionen Zivilisten im Mittleren Osten erneut im nicht enden wollenden Kreislauf der Gewalt gefangen“ seien. „Die [Menschen in Gaza brauchen Hilfe](#) und medizinische Versorgung und die Geiseln müssen nach Hause kommen können“, heißt es in einer Erklärung der regionalen IKRK-Vertretung. „Im Jemen sind die Menschen wieder in Angst um ihre Sicherheit. In Syrien wurden durch die jüngsten Gewaltwellen viele Menschen aus ihren Häusern vertrieben (...).“

Am 21. März zerstört die israelische Luftwaffe das einzige Krankenhaus für Krebsbehandlungen in Zentral Gaza. Das türkisch-palästinensische Freundschaftskrankenhaus versorgte vor dem Krieg jährlich rund 10.000 Krebspatienten. Es war 2017 mit Spendengeldern aus der Türkei in Höhe von 34 Millionen US-Dollar renoviert worden. Im November mußte die Klinik Strommangel und Zerstörungen aufgrund wiederholter israelischer Angriffe den Betrieb nahezu einstellen. Ende Oktober schloss die Klinik ganz. 2024 wurde das Gebäude, zu dem auch eine medizinische Fachschule gehörte, von der israelischen Armee besetzt und in eine Militärbasis benutzt. Scharfschützen wurden dort stationiert. Die Klinik liegt in dem Gebiet, in dem die israelischen Streitkräfte den „Netzarin Korridor“ anlegten, mit dem der Gazastreifen in einen nördlichen und einen südlichen Teil zerschnitten wird. Für den Bau der militärischen Anlage wurde wichtiges Ackerland der Palästinenser zerstört. Ein Sprecher der Vereinten Nationen in New York verurteilte die Zerstörung als Verstoß gegen das internationale humanitäre Recht. Das Gesundheitsministerium in Gaza sprach von einem „[abscheulichen Verbrechen](#)“. Das „kriminelle Verhalten der Besatzer entspricht der systematischen Zerstörung des Gesundheitssystems und ist Teil des anhaltenden Völkermordes“, hieß es in der Erklärung. Das türkische Außenministerium verurteilte die Zerstörung der Klinik scharf. „Alle die für den Völkermord in Gaza verantwortlich sind, einschließlich Netanyahu, werden früher oder später vom internationalen Recht zur Verantwortung gezogen werden.“ Die internationale Gemeinschaft wurde aufgefordert, konkrete und abschreckende Maßnahmen gegen Israels „illegalen Angriffe und systematischen Staatsterrorismus“ einzuleiten.

Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Im November 2024 erließ der Internationale Strafgerichtshof Haftbefehle gegen den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu und den ehemaligen Verteidigungsminister Yoav Gallant wegen des Verdachts auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wegen des Krieges gegen den Gazastreifen und seines Vorgehens gegen die Bevölkerung

des Gebietes sieht sich der Staat Israel vor dem Internationalen Gerichtshof einem Verfahren wegen Völkermord gegenüber.

Belegt wird das u.a. auch mit einem UN-Bericht, der Mitte März öffentlich wurde und gezielte Angriffe der israelischen Armee auf Geburtskliniken im Gazastreifen und eine Klinik für reproduktive Gesundheitsförderung als „Akt des Völkermordes“ einstuft. In dem Bericht wird die vorsätzliche Zerstörung wichtiger medizinischer Zentren betont, darunter die Al Basma IVF-Klinik, eine Klinik für künstliche Befruchtung, [Invitrofertilisation](#). Die Angriffe sollten palästinensische Geburten verhindern, was nach dem internationalen Recht als Völkermord gilt.

Ein Sprecher der Internationalen Untersuchungskommission der Vereinten Nationen mit Sitz in Genf, der Bericht habe die Handlung untersucht, die der Definition nach als Völkermord einzustufen sei. Die Untersuchung der Absicht stehe noch aus. Die Hamas erklärte, der Bericht bestätige, was vor Ort geschehe, man hoffe auf eine rasche Verurteilung der israelischen Führung vor dem Internationalen Strafgerichtshof. Israel wies die Vorwürfe zurück. Benjamin Netanyahu bezeichnete den UN-Menschenrechtsrat, der die Untersuchungskommission eingesetzt hat, als „anti-israelischen Zirkus“. Wieder einmal habe sich die UNO entschieden, den Staat Israel mit absurdem Behauptungen und falschen Anschuldigungen anzugreifen. Das Gremium sei schon lange als „anti-semitisch und korrupt“ entlarvt worden, es handele sich um eine „irrelevante Einrichtung, die den Terror unterstützt“, hieß es in einer [Stellungnahme des Netanyahu-Büros](#).

Die israelische Vertretung in Genf beschuldigte die Kommission, eine „politische Agenda“ zu verfolgen, es sei „schamlos, die israelischen Verteidigungskräfte zu belasten“. Seitens der Untersuchungskommission hieß es, Israel behindere die Untersuchungen und verweigere ihr den Zugang nach Israel und in die palästinensischen Gebiete. „Sie lesen unsere Dokumente eindeutig nicht“, so ein Mitglied der Kommission. „Sie haben eindeutig eine Agenda, die sie verfolgen und die nichts mit den Fakten zu tun hat. Es ist [eine chronische Lüge](#)“, sagte Chris Sidoti bei der Vorstellung des Berichts.

Die Menschen im Visier

Die UN-Kinderhilfsorganisation UNICEF teilte am 21. März mit, dass seit dem 18. März mindestens 200 Kinder von Israel getötet worden seien. Seit Beginn der erneuten Bodenoffensive werden 590 Tote gemeldet. Die Zahl der Toten steigt ständig an.

Das Gesundheitsministerium in Gaza gibt die aktuelle Zahl der bestätigten Toten seit Oktober 2023 mit 49.617 an, die Zahl steigt täglich und während die Autorin diesen Text schreibt. Tausende Menschen liegen unter den Trümmern

und können weder tot noch lebendig geborgen werden, weil im Gazastreifen die nötigen Räumgeräte fehlen.

Im Westjordanland verschärft die israelische Besatzungsmacht die Zerstörung. Es werden [Häuser zerstört, Menschen werden vertrieben](#). Durch die Zerstörung der zivilen Infrastruktur, werden die bisherigen Wohnorte und Lager der Palästinenser unbewohnbar gemacht.

Die Verwüstung Palästinas, die Ermordung und Vertreibung seiner Bewohner ist die Blaupause, die Israel so oder ähnlich für die Staaten seiner Nachbarschaft und für deren Bevölkerung vorgesehen hat. Israel will die Landkarte des Mittleren Ostens neu zeichnen, wie der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu am 2. Februar erklärte. Partner sei die Trump-Administration, mit der Israel die Landkarte „noch weiter neu zeichnen“ könne. Das [Ziel für Netanyahu und Unterstützer ist „Groß-Israel“](#), dem andere sich unterordnen müssen oder vernichtet werden. Für die Staaten der Region bedeutet das Krieg.

Die Bevölkerung im Visier

Der israelische Verteidigungsminister Israel Katz ragt mit seinen Drohungen besonders hervor. Wenn die Geiseln nicht freigelassen würden, werde die Armee immer mehr Land im Gazastreifen besetzen, die Menschen vertreiben und das Land annexieren. In einem Leitartikel der libanesisch-französischen Tageszeitung L’Orient le Jour heißt es dazu am 22. März, nie sei ein israelischer Regierungsbeamter so weit gegangen, wie Katz in seinen aktuellen Äußerungen zu Gaza. „Man hatte gedroht, es zu zerstören, zu entvölkern, zu besetzen – was auch geschah –, aber nie, es zu annexieren.“ Jetzt sei das Tabu gefallen: „Gaza wird israelisch sein oder es wird nicht sein“.

Für Journalisten werde es immer schwieriger, über Gaza zu schreiben, so der Autor. „Wir sind zur ständigen Empörung verurteilt. Wir müssen Trumps Plan, die Enklave in eine „zweite Riviera“ zu verwandeln, oder den Plan des amerikanisch-israelischen Duos, die Gaza-Bewohner nach Ostafrika „umzusiedeln“, entschlüsseln, analysieren und kommentieren. All dies ist Teil ein und derselben Software. Sie ist auch im Westjordanland am Werk, wo die Siedler und die Armee mit dem grünen Licht der USA eine neue Realität auf dem Land durchsetzen, um die künftige Annexion vorzubereiten.“ Die israelische Hybris werde weder in Gaza noch im Westjordanland Halt machen, heißt es in dem Artikel. Israel „kann Syrien und den Libanon bombardieren, Teile ihrer Gebiete besetzen und ihnen vorschreiben, was sie zu tun haben.“ Das wichtigste für Israel sei, „[einen endgültigen Schlussstrich unter die Palästinenserfrage](#) zu ziehen und alle seine Nachbarn (...) unschädlich zu machen.“

Am gleichen Tag wird auch der deutschen Öffentlichkeit bekannt, dass der israelische Verteidigungsminister Israel Katz der Bevölkerung im Gazastreifen gedroht hat. Sie müsse jetzt die Hamas aus dem Gazastreifen vertreiben und die Geiseln ausliefern, berichtet [der ZDF-Korrespondent aus Tel Aviv Thomas Reichart](#). „Ansonsten drohe ihr der völlige Ruin und die Zerstörung.“ Dazu habe die israelische Luftwaffe Flugblätter über dem Gazastreifen abgeworfen, auf denen den Menschen die „zwangsweise Vertreibung“ angedroht werde. Die Strategie sei offenbar, „dass man die Bevölkerung ins Visier genommen hat und sie dafür sorgen soll, was Israel in mehreren Monaten Krieg nicht erreicht hat, nämlich die Hamas zu vertreiben und die Geiseln auszuliefern (...)\".

[Globalbridge unterstützen](#)